

CDU Bremen, Thomas Röwekamp, Am Wall 135, 28195 Bremen

Bremer Rat für Integration

per Mail: info@silke-dueker.de

Am Wall 135, 28195 Bremen

✉ roewekamp@cdu-bremen.de

☎ 0160 - 930 965 07

🌐 www.cdu-bremen.de

📷 [thomas_roewekamp](https://www.instagram.com/thomas_roewekamp)

🐦 [TR_Bremen](https://twitter.com/TR_Bremen)

📺 [Thomas.Roewekamp](https://www.facebook.com/Thomas.Roewekamp)

Bremen, 23. August 2021

1. Änderung des Einbürgerungssystems

Wie stehen Sie zu einem vereinfachten Einbürgerungsverfahren mit kürzeren Fristen und der Hinnahme von Mehrstaatlichkeit als Regelfall sowie einer erleichterten und bedingungslosen Einbürgerung für hier geborene Kinder (Geburtsortprinzip ohne Optionsregelung)?

Die CDU und auch ich bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und den rechtlichen und humanitären Verpflichtungen Deutschlands. Das europäische Asylsystem muss jedoch grundlegend reformiert werden. Wir brauchen gemeinsame Standards und eine europaweite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen hinsichtlich Verfahren, Unterbringung und Versorgung. Wir stehen für eine klare Einbürgerungsperspektive für Zuwanderer, die schon über Jahre bei uns leben, arbeiten und gut integriert sind. Wir halten es für wichtig, dass gut integrierte Zuwanderer mit der Einbürgerung alle staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten erhalten. Vereinfachte Verfahren, Mehrstaatlichkeit oder verkürzte Fristen sind aber aus Unionsicht nicht geplant.

2. Stärkung der Migrantenorganisationen

a) Wie stehen Sie zu einer nachhaltigen Finanzierung zur Einführung und Begleitung von Menschen mit Migrationshintergrund in das Ehrenamt bzw. die Freiwilligenarbeit, um die Teilhabe der Migrant*innen am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen und zu fördern.

THOMAS

RÖWEKAMP

IHR DIREKTKANDIDAT

FÜR BREMEN.

Das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund im Ehrenamt und in der Freiwilligenarbeit ist ein wichtiger Bestandteil für interkulturelle Verständigung und das gemeinsame Zusammenleben in unserem Land. Es fördert in besonderem Maße das Verständnis füreinander. Ich begrüße es sehr, wenn dieser Aspekt ein fester Bestandteil des Ehrenamts und der Freiwilligenarbeit wird. Das ehrenamtliche Engagement in Deutschland ist allerdings einzigartig in seiner Vielfalt. Von der kommunalen Ebene bis hin zu Initiativen im Bund, von privaten Trägern bis zu rein öffentlich finanzierten Angeboten ist alles dabei. Dementsprechend erfolgt die Finanzierung von ganz unterschiedlichen Stellen und kann nicht abschließend zentral von einer Stelle geleistet werden. Die Politik kann aber auf der Ebene der Kommune, des Landes und des Bundes Vermittler und Partner sein und hierzu einen festen Ansprechpartner für Verbände, Vereine und ehrenamtliche Organisationen schaffen.

b) Wie stehen Sie zu einer institutionellen und nachhaltigen Förderung (z.B. finanzielle Absicherung der Geschäftsstellen und hauptamtlichen Arbeitskräfte, Angebote zur Professionalisierung) und nachhaltigen politischen Unterstützung für alle kommunalen Integrationsbeiräte und ihre Landesverbände?

Aus meiner politischen Arbeit weiß ich um die wichtige Funktion niedrigschwelliger und vernetzter Angebote bei der Integration von Menschen aus anderen Ländern vor Ort in den kommunalen Strukturen. Diese unterstütze ich nachdrücklich. Der Bremer Rat für Integration ist ein sehr gutes Beispiel, denn er ist in unserer Stadt ein zentraler Partner der Politik und zeigt mit seinen Ehrenamtlichen jeden Tag aufs Neue, dass gegenseitiger Respekt und gelebte Vielfalt möglich sind. Ich begrüße es deshalb sehr, wenn sich in anderen Ländern und Kommunen Integrationsbeiräte mit ähnlich großer Außenwirkung organisieren und herausbilden. Von dort muss allerdings auch die finanzielle und institutionelle Förderung geleistet werden, die dann ohne Frage nachhaltig und aufgabendeckend erfolgen muss. Gleichzeitig muss die finanzielle Förderung auskömmlich gestaltet sein, wenn Einrichtungen des Bundes bestimmte Projekte ausschreiben. Eine vollständige Kostenübernahme für Aufgaben der Länder oder der Kommunen durch den Bund ist allerdings keine Option.

3. Einführung eines Bundespartizipationsgesetzes

a) Wie stehen sie zu einer Änderung des Grundgesetzes, um den Ländern den nötigen Handlungsraum für die Festlegung/Einführung des „Kommunalen Wahlrechts für alle“ zu schaffen? Damit alle hier seit mehr als fünf Jahren lebenden Menschen sowohl ein passives wie auch aktives Wahlrecht auf der kommunalen Ebene erhalten?

Wir begrüßen es, wenn Menschen, die in Deutschland ihre neue Heimat gefunden haben, auch die vollen Bürgerrechte und -pflichten und die damit einhergehende Verantwortung für unser Land übernehmen wollen. Dafür halten wir weiterhin die gelungene Integration sowie die Einbürgerung für notwendig als zwingende Voraussetzung für die volle politische Teilhabe auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene. Ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger lehnen wir daher ab.

b) Wie stehen Sie zur Forderung eines Ministeriums für Partizipation und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Einrichtung des Bundestags- und Bundesratsausschusses mit dem gleichen Zuschnitt des oben genannten Ressorts?

Wir streben die Einrichtung eines solch singulären Ressorts nicht an. Gleichwohl handelt es sich um wichtige Querschnittsaufgaben, die in unterschiedlichen Ressorts mit entsprechender Priorität zu bearbeiten sein werden.

Beste Grüße,



Thomas Röwekamp

THOMAS
RÖWEKAMP
IHR DIREKTKANDIDAT
FÜR BREMEN.